

Seminar Evolution, Demokratie, Offenheit und Fortschritt. Impulsstatement zu Funktion der Wissenschaft

Einleitung

In den Semindiskussionen wurde mehrfach die These geäußert, dass die Demokratie als Regierungsform Kreativität und Erkenntnisdynamik fördere, und dass im Gegenzug diktatorische Regierungssysteme dies nicht täten. Diese These scheint mehr eine ideologische als eine empirische Basis zu haben. Auch aus Plausibilitätsgründen erscheint dieser Ansatz zweifelhaft.

In diesem Impulsstatement zum Seminar versuche ich dem Begriff *Demokratie* und die Bedeutung der damit verbundenen Implikationen für die Erkenntnisgewinnung sowie für den im Seminar mehrfach behauptete Zusammenhang mit Kreativität und Innovation nachzugehen.

Ausgangslage:

Im Seminar wird der Begriff *Demokratie* nahezu synonym mit der Bezeichnung als *Regierungsform*, als Bezeichnung für einen *Sozialraum* und als Benennung einer *Gesellschaftsform* verwendet. Die zentralen Eigenschaften, die dem Begriff *Demokratie* im Seminar zugeordnet werden, sind *Freiheit* und *Anpassungsfähigkeit*. *Freiheit* und *Anpassungsfähigkeit* werden als die zentralen Komponenten einer *Selbstorganisation* (SO) gesehen. Durch *Selbstorganisation* soll *Kreativität* ermöglicht werden und damit Anpassungen im Sinne eines gesellschaftlichen und materiellen *Fortschritts* möglich werden. Unter *Fortschritt* wird eine Verbesserung der Lebensverhältnisse durch Existenzsicherung – im utilitaristischen Sinne, als Fortschritt einer technischen Umsetzungen von Wissen zum Nutzen der Gesellschaft – verstanden. Dieser Fortschritt im utilitaristischen Sinne gründet sich auf dem Erlangen neuer Erkenntnisse und wissenschaftlichem Wissenszuwachs der durch die Dynamik der Selbstorganisation erwartet wird.

Zusammengefasst geht die Diskussion im Seminar also von folgender Basisprämisse aus:

Demokratie ist die notwendige Basis für eine humane Welt und die Grundlage für wissenschaftlichen Fortschritt.

Dieser These ist in mehreren Punkten zu widersprechen. Der Widerspruch beruht auf folgenden Grundüberlegungen bzw. Beobachtungen:

- Die Demokratie ist noch relativ jung – also sind die meisten Erkenntnisse in undemokratischen Regierungsräumen gefunden worden.
- Die Demokratie als einheitliche Sozialisationsbeschreibung gibt es nicht. So werden in der im Seminar vertretenen These etwa die sozialistischen Volksdemokratien argumentativ der Diktatur zugeordnet.
- Die Demokratie nach US Muster aufgrund ihrer inhärenten Dominanz von Vermarktung und die daran gebundenen Produkt- und Patentschutzgesetze wirkt auch fortschrittshindernd.
- Von der Konzeption her ist die Demokratie die Staatsform, die zu ihrem Bestehen die meisten restriktiven Gesetze erlassen muss, um ihren Bestand nicht zu gefährden.
- In ihrer realen Ausprägung ist die Demokratie eher eine Plutokratie als eine Basisdemokratie – also ähnlicher eine Diktatur als einem System offener Mitbestimmung.

Theoretische Grundlagen des Demokratiebegriffes in der Philosophie

Die Grundlage für die Zuschreibung der erkenntnisrelevanten Elemente an die Demokratie dürfte durch Karl Popper erfolgt sein. Zwar ist die Demokratie als Freiheitsbegriff schon seit der Antike im Gebrauch, in dieser Bedeutung aber mehr als politisches System als ein erkenntnistheoretisches Umfeld.

Vor allem die USA kann als Quelle der Verknüpfung von Regierungsstil mit Erkenntnisleistung gesehen werden. John Dewey etwa, ein Philosoph und Pädagoge stellt die unmittelbare Verbindung von Demokratie und Sozialraum her. Er setzte praktisch Demokratie und Erziehung bedeutungsgleich.¹ Kernpunkt dieser Gleichstellung bildet dabei die soziale Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Ethnie oder Geschlecht, die Dewey der Demokratie zuschrieb. „Er sah Demokratie als die Lebensform, in der ‚alle industriellen Beziehungen als den menschlichen Beziehungen, dem Gesetz der Personalität untergeordnet betrachtet werden‘ [...]“².

1 Siehe: Bohnsack, Fritz: John Dewey. Ein pädagogisches Portrait. Weinheim: Beltz, 2005, S. 43.

2 Ebd.

Popper verknüpft die offene Gesellschaft, also eine Gesellschaft, die für die Individuen wenig soziale Restriktionen aufweist, fundamental mit der Erkenntnisfähigkeit überhaupt, in dem er etwa darauf hinweist, dass die Wissenschaft in ihrer Umsetzung nicht frei von Ideologie ist.³ Nur eine offene Gesellschaft, die also nicht durch zentrale Ideologie festgelegt ist, erlaubt eine plurale Forschung, die unterschiedliche personale Ideologien als Ausgangsbasis hat, und so die Verengung im Blickwinkel vermeidet.

Damit ist der im Seminar zugrundegelgte Betrachtungsrahmen in etwa dargelegt:

Demokratie als Sozialraum und gleichzeitig als Grundlage für plurale Erkenntniszugänge.

Demokratie als Politik

Dieser philosophischen Betrachtungsweise steht aber eine Realität gegenüber: Die Demokratie ist eine Herrschaftsform. Als Theoretiker der Demokratie als Herrschaftsform im deutschsprachigem Raum ist Ernst Fraenkel zu nennen – ein Vertreter der Idee der pluralistischen Demokratie.⁴

Herrschaftsformen sind durch Machtverhältnisse bestimmt. Die Demokratie gefährdet durch ihre immanente Möglichkeit der wechselnden Personen in Machtpositionen deren gesellschaftlichen Status. Daher schützen sich die Machtinhaber vor Machtverlust – und das können sie umso besser je mehr ökonomische Macht sie haben und je höher die übertragenen Ämter sind.

Die Menschen ohne ökonomische Machtmittel werden dabei von der Mitsprache immer mehr ausgeschaltet. Die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten dieser ökonomisch schwachen Menschen werden immer mehr durch die ökonomisch Starken bestimmt. Diese Determination geht bis in den Bildungs- und Forschungssektor. Dieser Vorgang ist sowohl in der EU als auch in der USA zu beobachten. Die Demokratien haben zwar noch ein Wahlrecht, in der Mitbestimmungsmöglichkeit der Lebensgestaltung werden sie aber immer mehr zu Plutokratien, in denen die Wirtschaftsmächte mehr oder minder diktatorisch bestimmen.⁵

3 Siehe: Popper, Raimund Karl: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II. Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen. Tübingen: Francke, 1980, S. 266.

4 Siehe: Frankel Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2015.

5 Als relativ aktuelle Analyse der Vorgänge verweise ich hier auf Zuboff, Shoshana: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt: Campus, 2018.

Dadurch verwandelt sich die Begründung für die Demokratie - etwa von Karl Popper - in ihr Gegenteil: Die Demokratie als Staatsform wird zu einer verdeckten Diktatur, die Erkenntnisgewinnung behindert, indem immer mehr Informationsquellen unter unterschiedlichen Begründungen zensuriert werden. Von der Freiheit der Demokratie verbleibt dann lediglich die Möglichkeit an Wahlen teilzunehmen und eine der wenigen Machtströmungen, die zur Wahl antreten, zu wählen. Die Freiheit der Forschung ist dabei noch theoretisch gegeben. Praktisch wird sie aber durch staatliche Budgets, durch firmengetragene Sponsorengelder und durch allgemeine Regelungen auf Basis ökonomischer Nutzenerwartungen von öffentlichen und privaten Gremien eingeschränkt.

Erkenntnis braucht Freiheit auf geistigen Gebiet

Nach obig dargelegter Grobanalyse beschränkt sich die reale Demokratie als Regierungsform darauf, die Bevölkerung in die Regierungsbildung einzubinden. Im Sozialraum und in der Gestaltung des Sozialraums, auch im Setzen von Forschungsschwerpunkten - oder allgemein in der freien Forschung - herrschen weitgehend gesetzliche und ökonomische Rahmenbedingungen, die von der jeweils gewählten Regierung ausgehen.

In Bezug auf die Wissensvermittlung hat etwa Wilhelm von Humboldt schon darauf hingewiesen, dass eine Monarchie der Wissensvermittlung wesentlich mehr Spielraum geben kann, als eine Demokratie, da erlangtes Wissen nicht die Machtstruktur gefährdet.

Für die Erkenntnisgewinnung ist es aber eigentlich unwesentlich, ob der Einzelne in die Regierungshandlung eingebunden ist oder nicht - eher im Gegenteil: Die Demokratie würde eine starke Bürgerbeteiligung bedingen und dadurch intellektuelle Kapazitäten binden. Gerade Wissenschaftler im Fachbereich sind durch diese Verpflichtungen, sich auch staatspolitisch zu engagieren, von ihren Aufgaben massiv abgelenkt. Darum grenzen sich viele auch von der politischen Teilnahme aus.

Was für die freie Erkenntnisgewinnung notwendig ist, ist die Absicherung der Existenz – die ökonomische Basis. Diese wurde hauptsächlich durch das kapitalistische Produktionssystem erreicht. Damit wäre der Kapitalismus essentieller für die Erkenntnisgewinnung als die Demokratie. Dies deckt sich auch mit der Beobachtung, dass auch in radikalen Diktaturen wissenschaftliche Spitzenleistungen erbracht werden, wenn den Wissenschaftlern gute Arbeitsmöglichkeiten geboten werden.

Allerdings hat der Kapitalismus in der, von der USA ausgehenden Variante, alles zu Handelsware zu machen, stark negativen Effekt auf die Wissensdistribution und Verwertung von Erkenntnissen.⁶

Resümee

Für die Diskussion des Zusammenhangs von Erkenntnis und Lebensform scheint mir der *Demokratie*-Begriff damit hochgradig ungeeignet. Er umfasst zuviele gegensätzliche Ansätze, die in der Diskussion verborgen bleiben – etwa die Machtverhältnisse, die in der Regierungsform Demokratie ähnlich restriktiv wirken, wie in einer Diktatur.

Für die im Seminar besprochene Thematik von Fortschritt und Erkenntnis scheint mir der Rückzug auf die popper'sche Thematik einer offenen Gesellschaft, ohne direkte Kopplung an eine Regierungsform zielführender, da hier auf abstrakter Ebene verblieben werden kann. Auch in der offenen, pluralen Gesellschaft kommen zahlreiche erkenntnishemmende Faktoren zum Tragen, die aber zumindest in der Diskussion sichtbar werden (etwa die hohe Dynamik, die kaum Wissensstabilisierung zulässt).

Wird die politische Demokratie in der Diskussion mitgemeint, so muss die Demokratie als erkenntnishemmend bezeichnet werden, da sie die Machtverhältnisse verdeckt und damit zu einer verzerrten Wirklichkeitsauffassung führt.

Eine offene Gesellschaft nach der popper'scher Vorstellung, dürfte sich in in der Regierungsform einer Monarchie mit demokratischen Unterausschüssen – etwa wie in Großbritannien - vermutlich besser verwirklichen lassen, als in einer Demokratie gemäß dem Muster der USA. Für die Diskussion im Seminar scheint es aber besser zu sein, den Demokratiebegriff einzuschränken.

⁶ Siehe: Laughlin, Robert Betts: Das Verbrechen der Vernunft. Betrug an der Wissensgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008.

Literatur:

Bohnsack, Fritz: John Dewey. Ein pädagogisches Portrait. Weinheim: Beltz, 2005.

Frankel Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2015.

Laughlin, Robert Betts: Das Verbrechen der Vernunft. Betrug an der Wissensgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008.

Popper, Raimund Karl: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II. Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen. Tübingen: Francke, 1980.

Zuboff, Shoshana: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt: Campus, 2018.